

Dresdener Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsdruck: Neudruck Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

Bei täglicher Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 275,-
Einzelnnummer M. 12,-, Sonntagsausgabe M. 15,-.
Die 10pellige 2mm breite Zeile M. 20,-, außerhalb Sachens M. 25,-, Familien-
anzeigen und Stellenangebote unter Weglass jeder Rubrik M. 20,-.
Derzeitige Preise laut Tarif. Unveränderliche Kalkulation gegen Vorauszahlung.

Geschäftliche und Anzeigenverträge:
Mantelstraße 38/40.
Druck u. Verlag von "epich & Reichardt" in Dresden.
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Max Glöss Nachf.
Moritzstraße 18.
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,
Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

**BANKHAUS
HERMANN SCHULZ,**
Fernsprecher: Kommanditgesellschaft Fernsprecher:
14028, 14034, 14035 **12 Schreiberstraße 12** Fernverkehr 20904
Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

Feinste Leberwaren + Damentaschen
Elegantes Reisegepäck
26 Prager Straße **Adolf Näter** Prager Straße **26**

Hast Du Augengläser nötig, gehe zu Gebrüder Roettig, Dresden = A. Prager Straße 23

Poincaré gegen die deutsche Industrie.

Die wirkungsvolle Reparationspolitik im Ruhrgebiet.

Paris, 9. Nov. Im Senat wurde heute nachmittags eine Interpellation des Senators Gubert über die Durchführung einer wirkungsvollen Reparationspolitik im Ruhrgebiete beraten. Zur Begründung führte er aus, man könne erst an dem Tage Konzeptionen machen, an dem die Sicherheit Frankreichs gewährleistet sei, und an dem man Frankreich bezahlt habe, was man ihm schulde. Hinsichtlich der Garantie sei zu bemerken, daß Frankreich am Rhein stehe, hinsichtlich der Reparationen, daß es ein wirkungsvolles Pfand habe: das Ruhrgebiet. Er glaube nicht, daß man sich um eine zu rasche Räumung des linken Rheinufers von den französischen Truppen zu ängstigen brauche, denn die „Wacht am Rhein“ sei augenblicklich eine strategische und moralische Notwendigkeit für Frankreich. Um die deutsche Industrie zu zwingen, eine weniger persönliche Politik zu treiben, genüge es

das Industriegebiet durch eine Zolllinie in zwei Teile zu teilen.

Dadurch würde man einen Druck ausüben, und wenn es notwendig sei, würde man auch dadurch zu Einnahmen gelangen. Die gesamte Befestigung des Ruhrgebietes sei unnötig; aber man müsse in dem Teile des Ruhrgebietes, den man bereits beherrsche, rasch handeln. Man habe ein beträchtliches Pfand in Händen, dessen man sich nicht bediene.

Ministerpräsident Poincaré

fährte darauf aus, er habe schon im Monat Juni zu der Forderung des Bankierauschusses nach Verabreichung der deutschen Schuld erklärt, die Regierung könne einer internationalen Anleihe nicht zustimmen um den Preis der Herabsetzung der französischen Forderungen. Erst müsse Deutschland seine Finanzen sanfteren und eine strenge Kontrolle hierüber und über seine Ausfuhr organisiert werden. Im Juni vorigen Jahres habe die deutsche Industrie hinter der Fassade (1) des Gläubigers ein wahrhaftes Privileg besessen. Sie habe Augen gezogen aus der Kaufkraft der Papiermark, um bei billigen Herstellungspreisen die Ausfuhr zu verstärken und um ausländische Devisen zu erwerben, die sie im Ausland besaßen habe zum Schaden der Gläubigerstaaten. Zu gleicher Zeit habe Deutschland, das sich für zahlungsunfähig erklärt habe, den Wiederaufbau der Danziger Eisenbahnlinie in ungezügelter Weise betrieben. Auch Eisenbahnbauten seien durchgeführt worden, zum Teil solche, die strategischen Charakter hätten.

Der Reichskanzler habe versprochen, der Inflation Einhalt zu gebieten und eine Zwangsanleihe aufzulegen. Er sei auf den Widerstand der Industrie gestoßen. Der Verfall der Reparationsanleihe habe die deutsche Industrie zu dem Verfall der Reparationsanleihe gezwungen. Könne man jetzt die notwendige Zahlungsvereinfachung gewähren? Für den Augenblick behalte noch die belgische Priorität. Hiernach habe Frankreich das Recht auf 52 Prozent der Zahlungen. Er habe erklärt, daß er die internationalen Schulden mit der Frage der Reparationen unter der Bedingung verbinden wolle, daß Frankreich nicht alle Kosten trage.

Poincaré ging alsdann auf die Balkan-Note und den Verlauf der August-Konferenz in London ein. Er sprach

von seinem Februar-Programm, und stellte fest, daß es von England abgelehnt worden sei. Er sprach alsdann von der Finanzkontrolle, die sich zuerst auf die ausgeführten Devisen erstrecken müßte. Die deutsche Regierung selbst habe die Kapitalflucht ausgetrieben und Abhilfe versprochen. Seit vielen Monaten widerstehe sich die deutsche Industrie dem Budget und der Währungskontrolle, denn sie ziehe aus dem fortgesetzten Sinken der Mark Nutzen. Seine seien aber die deutschen Industriellen selber Opfer ihrer eigenen Handverge worden. Nachdem Poincaré von dem Vertrauen gesprochen hatte, das man Frankreich schenken könne, ging er auf die Brüsseler Konferenz

ein. Wenn die deutsche Regierung Geld leihen wolle, müsse die Frage auf einer Konferenz geprüft werden. Die deutsche Regierung habe sich bis jetzt auf dilatorische Maßnahmen beschränkt. Jetzt müßten die alliierten Regierungen ein für allemal bestimmen, welche Politik sie gegenüber Deutschland betreiben wollten, und daß sie, wenn es notwendig werde, zur Anwendung von Zwangsmaßnahmen wüßten. Diese Frage werde in Brüssel aufgeworfen werden. In seiner gestrigen Rede habe Lord Curzon die Bedeutung dieser Frage ausgegeben und die Unterstützung der neuen britischen Regierung versprochen. Frankreich zähle auf die Freundschaft Englands, wie England auf die Freundschaft Frankreichs zählen könne. Wenn man die durch den Friedensvertrag vorgeschriebenen Zwangsmaßnahmen anwenden wolle, so müsse man gerecht sein und die einzige Doppelheit, die der Friedensvertrag umwandeln. Kreuze man die Hände, so erhalte man von Deutschland wieder mehrere Jahre nichts, nicht einmal Sachlieferungen.

Die Sachlieferungen aber seien unerlässlich. Senator de Oberlack habe in seinem eigenen Namen gehandelt und nicht im Namen der Regierung. Die Brüsseler Konferenz werde scheitern, daß die Holz- und Kohlenlieferungen Deutschlands unregelmäßig seien. Sie werde auch ferner die Frage der Beteiligung an der deutschen Industrie und die Frage einer deutschen Anleihe auf dem ausländischen Markt prüfen, aber nur unter der Bedingung, daß der größte Teil dieser Anleihe zu Reparationszwecken verwendet werde. Solange er hoffen könne, diese Aufgabe durchzuführen, wolle er sich bei dem Gedanken, isolierte Länder zu nehmen, nicht aufhalten, aber wenn Frankreich nicht betriebsfähig werde, könne nichts es zum Bergsteigen auf seine Rechte zwingen, die es eher allein zu erringen suchen werde, als daß es nicht bezahlt werde. Für Reparationen und Pensionen habe Frankreich 90 Milliarden auf Konto Deutschlands vorgeschossen. Es könne nicht in der gefährlichen Lage bleiben, in die das Verlangen des Deutschen Reiches es gebracht habe. Frankreich sei die am wenigsten imperialistische der Nationen, es sei aber auch nicht militärisch. Es verlange nur Gerechtigkeit und habe das Vertrauen, daß es diese durch die Loyalität und durch die Treue seiner Alliierten erhalten werde. (W. T. B.)

Paris, 9. Nov. Der Senat hat am Schluß seiner heutigen Sitzung eine Vertrauensentscheidung des Interpellanten Gubert und seiner Freunde durch Handaufheben angenommen, in der es heißt: Der Senat vertraut auf die Regierung, daß sie durch eine wirkungsvolle Politik die Sicherheit Frankreichs und die Reparationszahlungen gewährleisten wird. (W. T. B.)

Der Notentwischel mit der Reparationskommission.

Berlin, 9. Nov. Die Verhandlungen mit der Reparationskommission haben zu einem Notenaustausch geführt, der nunmehr der Öffentlichkeit übergeben wird.

Am 4. November wurde im Auftrag der Reichsregierung ein Memorandum an die Reparationskommission übergeben, in dem es heißt:

Eine wirksame und dauernde Stabilisierung der Mark kann erst eintreten, wenn die Reparationsfrage entsprechend der Leistungsfähigkeit Deutschlands endgültig geregelt ist. Angesichts der Zerrüttung der Mark kann jedoch nicht erwartet werden, bis eine solche endgültige Regelung getroffen ist. Ein erfolgreiches Unternehmen zur Stabilisierung der Mark ist jedoch nur bei einem Zusammenwirken Deutschlands mit der Kapitalkraft des Auslandes möglich. Ein solches Zusammenwirken ist in der Weise gedacht, daß unter Mitwirkung der Reichsbank ein internationales Syndikat zur Beschaffung eines internationalen Bankkredits von mindestens 500 Millionen Goldmark für die deutsche Regierung gebildet wird, um die Mark zu stützen und ihren Stand zu verbessern. Die deutsche Regierung glaubt, daß geeignete Vorschläge am besten durch eine gemeinsame Beratung von Finanzmännern von internationalem Ansehen aus den verschiedenen Ländern vorbereitet werden können, und schlägt daher vor, daß die Reparationskommission ohne Verzug ein Komitee von solchen Finanzmännern anrufen werde.

Die Antwort der Reparationskommission, die am 6. November übergeben wurde, betont den informativ Charakter der Berliner Note und sagt u. a. weiter:

Die Stabilisierung der Mark beherrscht alle anderen Probleme, deren Lösung sie vorbereiten soll. Während

einerseits kein Plan zur Stabilisierung der Mark Erfolg haben kann, wenn nicht der Reichshaushalt ins Gleichgewicht gebracht und das Anwachsen der schwebenden Schuld gestoppt wird, kann andererseits kein wirklicher Fortschritt bei der einen oder anderen dieser Reformen erzielt werden, solange keine Maßregeln ergriffen worden sind, um wenigstens eine gewisse Stabilität im deutschen Wechselkurs herbeizuführen. Wird der Reparationskommission ein Anleiheprojekt oder irgendein anderes Projekt vorgelegt, so wird sie sich der Prüfung und Meinungsäußerung, soweit sie dafür zuständig ist, nicht enthalten. Aber es ist Pflicht der deutschen Regierung, die übrigens internationale Sachverständigen berufen hat, der Kommission ein Projekt vorzulegen. Die Kommission gibt sich noch der Hoffnung hin, daß die deutsche Regierung sich unter nochmaliger Anstrengung und ernstlicher Prüfung so bald wie möglich mit den angelegentlichsten Vorschlägen befaßt werden.

Darauf richtete der Reichskanzler unter dem 8. November unter Beifügung zweier Sachverständigenentwürfen ein **Schreiben an die Reparationskommission,** in dem es heißt:

1. Die deutsche Regierung wiederholt ihre schon früher ausgesprochene Bereitwilligkeit, die von ihr nach dem Memorandum vom 18. Juli d. J. gegenüber dem Garantiekomitee übernommenen Verpflichtungen in ihrer Gesamtheit zu verwirklichen. Sie hat bereits alle hierfür notwendigen Maßnahmen getroffen.

Dollar (Amtlich): 7800

2. Die deutsche Regierung erklärt erneut, daß sie eine Klärung und Besserung des Markkurses als die augenblicklich wichtigste und dringlichste Aufgabe ihrer Politik betrachtet. Sie erlaubt sich, ihrem Vorschlag für eine Stabilisierung der Mark vom 4. d. M. folgendes hinzuzufügen: Es muß nochmals mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß alles, was jetzt zum Zwecke der Stabilisierung der Mark geschehen kann,

immer nur ein Hilfsmittel ist, um ein gewisses Vertrauen des deutschen und des ausländischen Publikums in die Zukunft der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen wieder herzustellen. Die Herren Bissinger, Lohs und Brand haben auf Bitten der deutschen Regierung ein gemeinsames Gutachten über

die Mitwirkung eines internationalen Syndikats an der Marktstabilisierung

erstattet. Außerdem hat Herr Brand sich über die Möglichkeit der Beteiligung des Londoner Geldmarktes an der gedachten Kreditoperation besonders geäußert. Die deutsche Regierung empfiehlt diesen Plan der ernstesten Beachtung der Reparationskommission und bittet, ihn als Grundlage für die weitere Behandlung der Stabilisierungsfrage zu benutzen. Sie macht sich insbesondere den Gedanken zu eigen, daß die darin in Aussicht genommene Stützungsaktion durch ein internationales Bankkreditinstitut sofort in Angriff genommen wird. Die Reichsbank hat sich bereit erklärt, auch ihrerseits an dieser Aktion mitzuwirken und sich an der Aufbringung der Mittel zu beteiligen. Auf dieser Grundlage hätte sich die Stützung in der Weise zu vollziehen, daß der Markkurs nach einheitlichen Gesichtspunkten mit den so zur Verfügung gestellten Mitteln durch An- und Verkauf von Mark und Devisen reguliert wird.

Die erste Bedingung, welche die Sachverständigen stellen, geht dahin, daß während der Existenz des Syndikats und bis zur vollständigen Rückzahlung der vom Syndikat geleisteten Vorkäufe Deutschland von jeder Verzinsung am Grund des Vertrages von Verlusten, sowie von allen Naturallieferungen für Reparationszwecke vorübergehend befreit werden müsse.

Die deutsche Regierung selbst ist der Ansicht, daß der Stabilisierungsprozess, welcher seinerseits eine notwendige Voraussetzung für die Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Reichshaushalt bildet, zunächst einmal ohne Störung zu einem gewissen Abschluß gebracht sein muß, um dadurch die deutsche Wirtschaft zur Wiederaufnahme von Leistungen aus dem Verträge von Versailles zu befähigen. Die deutsche Regierung ist jedoch, wie sie bereits der Reparationskommission erklärt hat, bereit, Lieferungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete auch während des Stabilisierungsprozesses zu übernehmen, insofern es möglich ist, diese Leistungen ohne Vermehrung der schwebenden Schuld aus dem Budget oder durch innere Anleihen zu bestreiten.

Die letzte Sitzung der Reparationskommission.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 9. Nov. Heute vormittag ist die Reparationskommission zu einer Sitzung zusammengetreten. Es ist keine weitere offizielle Zusammenkunft mit den deutschen Regierungsvertretern vorgezogen, sondern die einzelnen Delegierten der Reparationskommission werden lediglich noch ihre Abschiedsbefehle beim Reichskanzler und Reichsfinanzminister abgeben und dann am Freitag nachmittags Berlin verlassen. Die deutschen Ergänzungsvorschläge sollen in den Kreisen der Kommission keinen sonderlich günstigen Eindruck gemacht haben. Es wird betont, daß der zweite Vorschlag nicht genügend Anhalt darübereibt, wie die deutsche Regierung sich seine Durchführung in der Praxis denkt.

Ueber die weiteren Absichten der Reparationskommission verläutet, daß sie von dem Inhalt der Vorschläge zunächst die alliierten Regierungen in Kenntnis setzen werde, um deren Standpunkt hierüber festzustellen. Inzwischen dürfte Klarheit darüber geschaffen sein, ob es gelingen werde, noch vor der Rückreise Morgans nach Amerika eine zweite internationale Bankierkonferenz

nach Paris einzuberufen. Die Stimmung in den Kreisen der Reparationskommission soll nach Mitteilung von unterrichteter Seite zurückhaltend sein, und zwar besonders im Hinblick auf die Uneinigkeit der deutschen Parteien. Man hebt hervor, daß eine befriedigende Lösung der Reparationsfrage erwünscht sei, solange in Deutschland selbst nicht eine Einheitsfront zustande komme mit dem wesentlichen Ziele, in der Frage der Marktstabilisierung eine wirklich tragbare Lösung zu finden. Heute mittag ist eine Empfangsbesprechung des Reichskanzlers der Reichsregierung vom 8. November von Seiten der Reparationskommission beim Reichskanzler eingegangen. Die Reparationskommission teilt mit, sie werde die in dem Schreiben enthaltenen Vorschläge nach ihrer Rückkehr nach Paris einer Prüfung unterziehen. — Heute vormittag empfing der Reichskanzler die Führer der Koalitionsparteien, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei zu einer abermaligen Aussprache über die Reparationsverhandlungen, wobei insbesondere die neuen deutschen Vorschläge erörtert wurden. Danach empfing der Reichskanzler die deutschen nationalen Parteiführer.